



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
- L 212 -

Kiel, 11. November 2011
Landeshaus
Tel. (0431) 5300 1144
(0431) 5300 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

36. Sitzung des *Sozialausschusses*

*am Donnerstag, dem 10. November 2011,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss kam überein, zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD zur **Situation alleinerziehender Mütter und Väter und deren Kinder in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/1043](#), in seiner Sitzung am 12. Januar 2012 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführerin bis zum 18. November 2011 benannt werden.

Ferner kam der Ausschuss überein, zu dem Bericht der Landesregierung zur **Situation von Älteren auf dem Arbeitsmarkt**, [Drucksache 17/1427](#), eine mündliche Anhörung durchzuführen. Als Termin legte er den 9. Februar 2012 fest. Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführerin bis zum 18. November 2011 benannt werden.

Bezüglich des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. **Kostenübernahme für Gebärdendolmetschung/Landesbeihilfeverordnung**, [Drucksache 17/1767](#), empfahl der Ausschuss dem Landtag unter dem Vorbehalt eines gleichlautenden Votums des beteiligten Innen- und Rechtsausschusses einstimmig, den Antrag für erledigt zu erklären.

Ferner empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Schuldner- und Insolvenzberatung stärken**, [Drucksache 17/1332](#), abzulehnen.

Die **Beschlüsse des 23. Altenparlaments**, [Umdruck 17/2842](#), nahm der Ausschuss zur Kenntnis und stellte den Fraktionen anheim, politische Initiativen zu ergreifen.

Schluss: 14:35 Uhr

gez. Petra Tschanter